



LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

## **Politischer Extremismus in Hessen 1997/98**

(Stand: Juni 1998)

### **Inhalt**

**Rechtsextremismus**

**Linksextremismus**

**Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern**

**Scientology-Organisation**

# Rechtsextremismus

[Allgemeine Situation](#)

[NPD](#)

[Die REPUBLIKANER"](#)

[DVU](#)

[Militante Rechtsextremisten,insbesondere Skinheads](#)

[Neo-Nationalismus](#)

[Neue Rechte](#)

[Informationelle Vernetzung](#)

[Revisionismus](#)

Mitgliederentwicklung rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse in Hessen:

<b>Organisationen, Gruppierungen</b>	<b>1997</b>	<b>1996</b>	<b>1995</b>
Gewaltbereite Rechts-extremisten, insbes.Skinheads	500	450	450
Neonazis	150	150	150
REP	1800	1600	1600
NPD	350	300	400
DVU	1500	1500	1500
Sonstige	200	200	100
abzüglich Mehrfachmitgliedschaften	-100	-100	-100
<b>Summe</b>	<b>4400</b>	<b>4100</b>	<b>4100</b>

## Allgemeine Situation des Rechtsextremismus

Ideologisch stellt sich der Rechtsextremismus nicht homogen dar, sondern weist Unterschiede in der spezifischen Begründung und konkreten politischen Zielsetzung auf. Wenngleich er sich im Aufwind befindet, gelang es den unterschiedlichen Gruppierungen bisher nicht, die Potentiale zu bündeln. Die größte Gefahr des Rechtsextremismus liegt darin, daß die von ihm propagierten gesellschaftspolitischen Vorstellungen salonfähig werden und dadurch nicht nur ihren Niederschlag im allgemeinen politischen Bewußtsein finden, sondern sogar in praktische Politik umgesetzt werden. Eine Erosion des demokratischen Rechtsstaates wäre die Folge. Eine weitere Gefahr liegt darin, daß die immer wieder im rechtsextremistischen Milieu angedachte Einigung tatsächlich zustande kommt. Bislang sind solche Bemühungen stets daran gescheitert, daß keine von allen Organisationen akzeptierte Führungspersönlichkeit zur Verfügung stand. Die Profilneurose der Spitzenfunktionäre erwies sich als stärkstes Regulativ. Der Druck

nimmt inzwischen jedoch zu.

In Hessen war für 1997 - vergleichbar dem bundesweiten Trend - ein Anstieg des rechtsextremistischen Spektrums festzustellen. Die Zahl der Skinheads und die der NPD-Mitglieder stieg leicht, die der REPUBLIKANER deutlich an. Diese Entwicklung dauert an.

## NPD

Die NPD, die noch vor wenigen Jahren ihre Zukunft hinter sich gehabt zu haben schien, hat sich beachtlich gewandelt und radikalisiert. Nach den Verboten fast aller relevanter neonazistischer Organisationen ist sie zum Auffangbecken für Neonazis geworden. Das hat zu einer deutlichen Verjüngung der Mitgliedschaft beigetragen. Ihr ist es gelungen, wiederholt die seit Jahren größten Aufmärsche von Rechtsextremisten zu organisieren. Ein deutliches Zeichen für das gewachsene Selbstbewußtsein ist die Tatsache, daß die NPD gegen sämtliche Verbote der 1. Mai-Kundgebung 1998 in Leipzig gerichtlich bis hin zum Bundesverfassungsgericht vorging. Gleichzeitig liefen die Mobilisierungen und Vorbereitungen für die Kundgebung weiter. Die NPD war fest entschlossen, in jedem Fall zu marschieren. Nachdem 1998 sowohl in Passau, in Bad Hersfeld und in Leipzig Veranstaltungsverbote der Versammlungsbehörden gerichtlich aufgehoben wurden, sieht sich die Partei auf der Siegerstraße. Es ist zu befürchten, daß sich die Mitgliederzuwächse vor allem in den östlichen Ländern stimulierend auf die Landesverbände im Westen auswirken werden.

In Hessen hatte die NPD 1997 350 Mitglieder. Bei den Kommunalwahlen 1997 erzielte die NPD landesweit 0,6% der Stimmen. Wie in der Vergangenheit hat die Partei jedoch in einigen Gemeinden herausragende Einzelergebnisse erzielt. So erreichte sie z.B. in Ehringshausen, Leun und Wölfersheim einen Stimmenanteil von über 20% und konnte hier ihre hohen Wahlergebnisse aus den Kommunalwahlen 1993 sogar noch verbessern.

Aktivitäten der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) als Jugendorganisation der NPD sind auch in Hessen festzustellen. Mitglieder der JN beteiligen sich an Aufmärschen der Partei und führen interne Veranstaltungen durch.

Bundesweit veranstaltete die NPD mit der JN am 1. März 1997 in München eine "Demonstration des nationalen Widerstandes" gegen die Wehrmachtsausstellung. An der Veranstaltung beteiligten sich rund 4.300 Personen; neben Anhängern von NPD und JN auch zahlreiche Neonazis und Skinheads. NPD und JN sahen sich durch den Münchener Erfolg in ihrem Bestreben bestätigt, auch weiterhin öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen, um sich so im gesamten rechtsextremistischen Lager einen weiteren Bedeutungszuwachs zu verschaffen.

Mit einem Aufruf zu einer zentralen Demonstration am 1. Mai 1997 in Leipzig unter dem Motto "Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" versuchte die NPD an den Erfolg von München anzuknüpfen. Neben NPD/JN mobilisierte auch dieses Mal die neonationalsozialistische Szene. Nachdem das Verbot der Demonstration am 30. April gerichtlich bestätigt wurde, gelang es NPD/JN sowie den Neonazis nicht mehr, ihr für die Veranstaltung auf mehrere tausend Personen geschätztes Potential zu

Hessen verhinderten ein Verbot, ein massiver Einsatz der Polizei und die enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden eine kurzfristig beabsichtigte Ersatzveranstaltung der Rechtsextremisten in Nordhessen/Bad Hersfeld.

An einem Bundeswahlkongreß "Tag des nationalen Widerstandes" am 7. Februar 1998 in Passau beteiligten sich 4000 überwiegend jüngere Personen. Auch für die 1. Mai-Veranstaltung in Leipzig gelang in diesem Jahr die Mobilisierung von über 4000 Rechtsextremisten.

## "Die REPUBLIKANER" (REP)

Die REPUBLIKANER sind durch ihr schlechtes Abschneiden bei den Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt stark verunsichert. Inzwischen wird auch im hessischen Landesverband intern die Richtigkeit des SCHLIERER-Kurses angezweifelt. Im Gegensatz zum früheren Bundesvorsitzenden Franz SCHÖNHUBER hatte Rolf SCHLIERER dafür plädiert, im Alleingang das rechte Wählerreservoir zu erschließen. Bündnisse mit anderen Rechtsextremisten lehnt er kategorisch ab. Um sich vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien, sollte auch auf die klassischen rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen verzichtet werden. Nach dem Scheitern dieser Strategie bei drei Wahlen steht die Partei vor einer Zerreißprobe. Hatte sich der hessische Landesverband bislang deutlich zu SCHLIERER bekannt, hält er sich nun merklich zurück.

1997 hatten die Republikaner in Hessen 1800 Mitglieder. Bei den hessischen Kommunalwahlen im März 1997 erreichten die REP landesweit 6,6% der Stimmen und 210 Mandate. Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1993 mußten die REPUBLIKANER einen Stimmenverlust von 1,7% hinnehmen. Trotz dieser Verluste ist es den REP gelungen, fast überall dort, wo sie angetreten waren, in die Kommunalparlamente einzuziehen.

Nachdem die REPUBLIKANER bei den Kommunalwahlen 1993 in Hessen die Ausländer- und Asylpolitik zu einem Thema ihres Wahlkampfes gemacht hatten, setzten sie 1997 andere Schwerpunkte. Sie folgten damit den Vorgaben ihres Bundesvorsitzenden, der mit den Themen wirtschaftliche Lage, Sicherung der Arbeitsplätze, innere Sicherheit und Zuwanderungspolitik aus der Unzufriedenheit der Wähler Kapital zu schlagen hoffte.

Insgesamt versuchten die REP mit einer großen Bandbreite an Themen sich im Wahlkampf als Sachwalter deutschnationaler Interessen darzustellen. Sie lehnen nach wie vor eine multikulturelle Gesellschaft ab und sehen sich als einzige Alternative gegenüber den "Altparteien".

Bei den Wahlen zum Studentenparlament der Philipps-Universität Marburg am 14./15. Januar 1997 traten die REPUBLIKANER erstmals mit einer eigenen Liste an einer Hochschule an. Sie erreichten 3,7% (187 Stimmen) und waren mit zwei Sitzen im 41 Sitze umfassenden Studentenparlament vertreten. In den Fachbereichen Jura und Wirtschaftswissenschaften konnten sie mit 9,6 (18 Stimmen) bzw. 9,1% (17 Stimmen) hohe Stimmenanteile auf sich vereinen. Bereits bei den Wahlen 1998

mit 3,2% (119 Stimmen) nur noch einen Sitz.

## DVU

Trotz des überraschend hohen Wahlerfolges der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 (12,9% = 16 Mandate) ist zur Zeit nicht damit zu rechnen, daß die Partei sich in Hessen zur Wahl stellen wird. Der Parteivorsitzende ist bislang nur dort angetreten, wo er sich aufgrund spezifischer Umstände einen Erfolg versprochen hat. Diese Voraussetzungen sind in Hessen nicht gegeben. Ein für FREY wichtiges Kriterium war die Zahl der Wahlberechtigten. Er hat deshalb in Ländern mit geringerer Einwohnerzahl kandidiert, da hier mit gleich großem Aufwand mehr erreicht werden kann als in einwohnerstarken Flächenstaaten. Wahltaktische Überlegungen stehen auch hinter den Plänen, zwar zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, nicht aber in Bayern anzutreten.

Mit der selbstbewußten Ankündigung, sich an der Bundestagswahl mit dem Spitzenkandidaten Franz SCHÖNHUBER beteiligen zu wollen, unterstreicht FREY seinen Führungsanspruch im rechten Lager. Der Ausgang dieser Wahl dürfte Einfluß auf die Entscheidung haben, ob die DVU in Hessen zur Landtagswahl 1999 antritt.

1997 hatte die DVU in Hessen 1500 Mitglieder. Bei den Kommunalwahlen in Hessen trat die DVU nicht an. Die streng zentralistisch aus München geführte "Deutsche Volksunion" trat in Hessen nach außen nicht Erscheinung. Dem Parteivorsitzenden FREY schien es auszureichen, daß die Mitglieder seine Zeitungen "Deutsche Nationalzeitung" und "Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger" beziehen und die Organisation mit Spendenzahlungen unterstützen.

## Militante Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads

Mit dem Anstieg der Zahlen der gewaltbereiten Rechtsextremisten korrespondiert auch der Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten. Allerdings sind nur rund 2% der 1997 bundesweit verübten rechtsextremistischen Gewalttaten in Hessen begangen worden, d.h. Hessen ist insoweit positives Schlußlicht. Konsequente Strafverfolgung und gesamtgesellschaftliche Ächtung der Gewalt als Mittel der politischen Konfliktlösung können verhindern, daß die aufflackernde Gewalt zum Flächenbrand wird. Der starke Anstieg der sonst registrierten rechtsextremistischen Straftaten ist auch darauf zurückzuführen, daß sich das Anzeigeverhalten verändert hat und rechtsextremistische Propagandadelikte als solche von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

1997 betrug in Hessen die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads, 500. Die weitgehend unstrukturierte rechtsextremistische Skinhead-Szene, die immer größer wird, ist gekennzeichnet durch dumpfe Fremdenfeindlichkeit und Haß auf alles "Undeutsche". Regionale Schwerpunkte von Skins in Hessen sind vor allem in Mittelhessen und hier im Raum Wetzlar/Gießen, Marburg/Biedenkopf festzustellen; außerdem in Offenbach und Kassel.

Viele Jugendliche finden über die Musik den Einstieg in die Skinheadszene. In den

Erreichen der gesteckten Ziele propagiert.

In Hessen gibt es derzeit drei aktive Skinbands: CHAOSKRIEGER aus Usingen, HAUPT-KAMPFLINIE aus Kassel sowie CENTAURUS aus Frankfurt.

Ein weiteres wichtiges Kommunikationsmittel in der Skinheadszenen sind Magazinheftchen, die sogenannten Fanzines. Inhaltlich beschäftigen sie sich mit Szenereportagen, Rezensionen von Tonträgern und anderen Fanzines, Interviews mit in- und ausländischen Skinbands und Konzertberichten. In Hessen sind derzeit drei unregelmäßig erscheinende Skinhead-Fanzines bekannt: Das "Hessisch Blättchen" aus Ronneburg bei Hanau sowie "Äpfelwoi-Expres" und "Bembel-Sturm" aus Frankfurt.

Hervorzuhebende Skinheadveranstaltungen 1997 in Hessen:

- In der Nacht vom 8. auf den 9. Februar kam es nach exzessivem Alkoholgenuß zu einer Massenschlägerei zwischen Skinheads und Türken vor der Stadthalle im mittelhessischen Hungen. Es wurden acht Personen verletzt.

- Am 2. August fielen in Alsfeld-Heidelberg Skins durch Absingen von Nazi-Liedern auf. Die Skins griffen die eintreffende Polizeistreife an und beschädigten das Polizeifahrzeug durch Flaschenwürfe. Erst durch Verstärkung der Polizeikräfte gelang es, mehrere Skins vorläufig festzunehmen.

- Ein weiteres Skinheadtreffen fand am 11. Oktober in Dornburg-Thalheim/Kreis Limburg-Weilburg statt. An diesem Treffen, deklariert als private Geburtstagsfeier, nahmen 130 Skins teil. Die Polizeikontrollen vor und während der Veranstaltung verhinderten Ausschreitungen.

Die Beispiele zeigen, daß Skins unberechenbar sind und zu spontaner Militanz neigen. Maßnahmen der Sicherheitsbehörden haben auch in diesem Bereich zu verstärkt konspirativem Verhalten geführt. Die Produktion der Tonträger verlagert sich zunehmend ins Ausland, da Produzenten und Vertrieber in Deutschland die konsequente Strafverfolgung durch die Sicherheitsbehörden befürchten müssen.

## Neo-Nationalsozialismus

Im rechtsextremistischen Spektrum bilden die Anhänger eines unverfälschten Nationalsozialismus, die sogenannten Neonazis, ein zahlenmäßig kleines Segment. Ihre Bedeutung haben sie vor allem aus ihren öffentlichkeitswirksamen Auftritten bezogen. Nach den Verboten der meisten neonazistischen Vereinigungen sind Neonazis weitgehend organisatorisch heimatlos geworden. Neben der Bildung "autonomer Kameradschaften" suchen sie vor allem Anschluß bei der NPD und der JN.

Seit dem Selbstmord des ehemaligen Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß am 17. August 1987 rufen führende Neonazis jedes Jahr zu Gedenkveranstaltungen auf, in denen sie Heß als "Märtyrer und Botschafter des Friedens" darstellen und seinen Suizid als Mord bezeichnen.

worden.

Nach mehreren Umdisponierungen der Neonazis, die in Hessen und dem benachbarten Thüringen immer wieder auf massive Polizeipräsenz trafen, sammelten sich die Teilnehmer im Raum Braunschweig. Vielen gelang es allerdings erst gar nicht, diesen Aufmarschraum zu erreichen, da sie bereits in Polizeigewahrsam genommen worden waren. Versuche, sich in Braunschweig, Wolfenbüttel und Königslutter zu einem Marsch zu formieren, scheiterten.

In Hessen spielen die verbliebenen 150 Neonazis bis auf eine Ausnahme, nämlich ROEDER, keine herausragende Rolle.

Der als Rädelsführer einer rechtsterroristischen Vereinigung verurteilte ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER aus Schwarzenborn/Knüll ist seit langen Jahren politisch aktiv. ROEDER ist Verfasser der Periodika "Deutsche Bürgerinitiative - weltweit" und "Deutscher Jahrweiser", in denen er nationalistische, antisemitische und fremdenfeindliche Parolen verbreitet. Weiter gibt er immer wieder Flugblätter und andere Agitationsschriften heraus.

Im Februar 1993 gründete er das "Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk - Förderverein Nord-Ostpreußen" (DRG-FNO). ROEDER organisierte Transporte, etwa von Landmaschinen und Geräten. In seinen Publikationen schrieb ROEDER dazu, diese Entwicklungshilfe sei ein europäischer Friedensdienst. Das Ziel sei ein "Freistaat Preußen" innerhalb Rußlands.

Im Sommer 1996 nahm ROEDER den Beginn der Wanderausstellung "Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" zum Anlaß, neue Aktionen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland zu starten. In seiner Publikation "Deutsche Bürgerinitiative – weltweit" rief er zur Teilnahme an Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in München und Frankfurt am Main auf. Im September und Oktober 1997 hielt ROEDER zwei Demonstrationen in Marburg gegen die Wehrmachtsausstellung ab. Seit im Herbst 1997 bekannt wurde, daß ROEDER Anfang 1995 einen Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg hielt, hat sein Aufmerksamkeitswert gewaltig zugenommen.

Inzwischen ist er als gefeierter Gastredner bei verschiedenen Großveranstaltungen der NPD aufgetreten. Die umfangreiche Berichterstattung über die Vortragsveranstaltung und seine Person haben seinen Bekanntheitsgrad gesteigert und ihm Zustimmung und Bewunderung im rechtsextremistischen Spektrum beschert. ROEDER ist inzwischen in der Lage, alle Generationen im Rechtsextremismus anzusprechen. Für die jungen Radikalen ist er eine Person, die nicht nur redet, sondern aufgrund seines terroristischen Vorlaufes bereits unter Beweis gestellt hat, daß er auch handelt. Nachdem er von Gegendemonstranten in Marburg verletzt wurde, kann er sich sogar als "Blutzeuge" der Bewegung aufführen.

## "Neue Rechte"

Die "Neue Rechte" ist kein deutsches, sondern ein europäisches Phänomen. Ihr Ausgangspunkt lag nach dem 2. Weltkrieg in Frankreich. Unter dem Begriff "Neue Rechte" beobachtet der Verfassungsschutz eine Variante des Rechtsextremismus, die organisationsunabhängig an das antidemokratische Denken der konservativen Revolution aus der Zeit der Weimarer Republik anknüpft.

Kern des Theoriemodells der "Neuen Rechten" ist die Absicht, völkische und nationalistische Ordnungs- und Wertvorstellungen intellektuell, ideologisch und wissenschaftlich zu untermauern und sodann als politisches Alternativmodell zum demokratischen Verfassungsstaat zu präsentieren.

Die Anhänger der "Neuen Rechten" sehen sich in erster Linie als Wegbereiter und Vordenker gegen die herrschende Kultur und Zivilisation. Ihr Werte- und Menschenbild geht davon aus, daß jedes Individuum primär durch seine kulturelle und völkische Zugehörigkeit definiert sei. Da die genetische Vielfalt nicht zu beseitigen ist, könne es auch keine allgemeingültigen, natürlichen und unteilbaren Menschenrechte geben. Wie in der Natur sei auch hier das Recht des Stärkeren maßgebend.

Bislang ist es den Vertretern des "intellektuellen Rechtsextremismus" unterschiedlicher Strömungen aber nicht gelungen, die von ihnen angestrebte "kulturelle Hegemonie" zu erlangen.

Einzigster direkter Bezugspunkt der "Neuen Rechten" in Hessen ist das 1980 in Kassel gegründete "Thule-Seminar" des Pierre Krebs, das sich als deutscher Ableger der "Nouvelle Droite" versteht. Es ist weitgehend isoliert, selbst im rechtsextremistischen Lager. Nach acht Jahren erschien 1998 erstmals wieder eine Ausgabe des Theorieorgans "Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt".

## Informationelle Vernetzung

Seit mehreren Jahren nutzen Neonazis moderne Kommunikationsmittel.

Eine wichtige Funktion bei der informationellen Vernetzung von Rechtsextremisten erfüllen die "Nationalen Info-Telefone" (NIT), die Agitation mittels Anrufbeantwortern verbreiten. Neben der Koordinierung von Veranstaltungen dienen die NIT der Informationsbündelung.

Mobiltelefone sind nach wie vor für die neonazistische und in immer stärker werdendem Maße auch für die gesamte rechtsextremistische Szene von existentieller Bedeutung. Durch sie können bis unmittelbar vor Veranstaltungsbeginn geheimgehaltene Veranstaltungsorte noch rechtzeitig für Interessenten bekanntgegeben werden.

Eine weitere Möglichkeit des Nachrichtenaustausches bietet dem rechtsextremistischen Spektrum das "Thule-Netz", ein seit dem Frühjahr 1993

Verbindungen ins Ausland hat.

Einschlägige Literatur, Propagandamaterialien aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen, deren Postanschriften und Telefonnummern sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Inhalte mit rechtsextremistischen Bezügen bilden Schwerpunkte des rechtsextremistischen Internet-Angebots. Dem Internet dürfte in den nächsten Jahren bei der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda eine erhebliche Bedeutung zukommen.

## **Revisionismus**

In zahlreichen Publikationen, die häufig aus dem Ausland stammen, versuchen Rechtsextremisten die Geschichte zugunsten des Nationalsozialismus umzuschreiben. Revisionisten leugnen so den Mord an Millionen Menschen jüdischen Glaubens in den Gaskammern des "Dritten Reiches" oder behaupten, daß Deutschland der 2. Weltkrieg von seinen Gegnern aufgezwungen wurde. Mit teilweise geschickt verbrämter Agitation und pseudowissenschaftlichen "Gutachten" wollen sie die nationalsozialistische Diktatur rehabilitieren.

# Linksextremismus

## Allgemeine Situation

### Schwerpunkt: Castor-Transporte

### Schwerpunkt: Antifaschismus

### DKP

### PDS

### Internationale Kontakte

### Auflösung der RAF

### Militanzdebatte

Mitgliederzahlen der wichtigsten Organisationen und Gruppierungen im Linksextremismus in Hessen:

Organisationen, Gruppierungen	1997	1996	1995
· Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten davon	3000	3350	3730
DKP	550	550	600
Umfeld der DKP	700	900	1200
PDS	300	300	300
MG	1000	1000	1000
sonstige Gruppen (z.B. MLPD, trotzkistische Gruppen)	450	600	630
· Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre davon	800	950	1000
militante Autonome	500	500	600
RAF-Umfeld/Antiimperialistischer Widerstand	150	200	250
Sonstige	150	250	150
<b>Summe</b>	<b>3800</b>	<b>4300</b>	<b>4730</b>

## Allgemeine Situation des Linksextremismus

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist in Hessen auch in den vergangenen zwei Jahren nicht ernsthaft durch den Linksextremismus in Gefahr geraten. Die Zahl seiner Anhänger ist weiter zurückgegangen. Punktuell ist es Linksextremisten allerdings gelungen, mit den traditionellen Themen Antifaschismus, Ausländerfeindlichkeit/ Antirassismus und Antiimperialismus Aufmerksamkeit zu erregen. Darüber hinaus verursachten Linksextremisten durch Aktionen zu

Probleme für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Das Erstarken des Rechtsextremismus wird zu erhöhten Aktivitäten der Gruppierungen führen, die sich mit dem Thema Antifaschismus beschäftigen. Im Zusammenhang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten kommt es verstärkt zu gewaltsamen Ausschreitungen, die vor allem von Linksextremisten ausgehen. Der Hang zur Selbstjustiz wird deshalb ein beachtliches Risiko für die öffentliche Sicherheit bleiben.

Der "Erfolg" linksextremistischer Gruppierungen hängt entscheidend von der Wahl des inhaltlichen Schwerpunktes und der Form des öffentlichen Auftretens ab. Bei der Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppen tritt die jeweilige sozialistische bzw. autonome Gesellschaftskonzeption in den Hintergrund oder wird durch neue, die eigentlichen Ziele verschleiernde Formulierungen verdeckt.

Das angestrebte sozialistische oder anarchistische System ist allerdings nur unter der Voraussetzung der Abschaffung von Gewaltenteilung, parlamentarischer Demokratie und Minderheitenschutz zu errichten.

In Hessen agierten gewaltbereite autonome Gruppierungen vor allem im Rhein-Main-Gebiet. Sie verübten gezielte und konspirativ durchgeführte Anschläge oder nutzten friedliche Demonstrationen für Gewaltaktionen aus.

### **Schwerpunkt: Castor-Transporte**

Ein Schwerpunkt der militanten autonomen Szene in den letzten beiden Jahren ist die Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte. Ihren Kampf gegen die "Atommafia" verstehen die Autonomen als "Kampf gegen das kapitalistische System" und für eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Der letzte Höhepunkt der Kampagne wurde im Vorfeld des Castor-Transportes im März 1998 von Neckarwestheim und Gundremmingen nach Ahaus erreicht. In Hessen erfolgten mehrere Sabotagehandlungen an Gleisanlagen und Fahrleitungen der Deutschen Bundesbahn.

Herausragend war eine offensichtlich koordinierte Aktion in der Nacht zum 10. März 1998, als über 70 Fahrausweisautomaten an mehr als 30 Standorten im südhessischen Raum sowie in den angrenzenden Bundesländern Bayern und Rheinland-Pfalz mit Montageschaum beschädigt bzw. zerstört wurden. An fast allen Tatorten wurden Aufkleber oder gesprühte Parolen von Castor-Gegnern gefunden.

Der ursprünglich für den 25. März vorgesehene Transport wurde kurzfristig auf den 20. März vorgezogen. Die Castor-Gegner zeigten sich durch diese Vorverlegung des Transportes überrascht. Der Transport durch Hessen verlief weitestgehend friedlich. Die hessischen Castor-Gegner, darunter auch Linksextremisten, orientierten sich mit ihren Protesten in die Region um Ahaus; dort demonstrierten am 20. und 21. März in Münster jeweils etwa 5000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet überwiegend friedlich. Insgesamt bestätigt die Praxis der Castor-Gegner, daß sie sich an den auf der "Herbstkonferenz der Initiativen gegen Atomanlagen" in Göttingen (24.-26. Oktober 1997) gefaßten Entschluß halten. Danach sollen sich die

Brennelementezwischenlager Gorleben und Ahaus sowie den Castor-Transport dorthin richten, sondern auch Aktionen außerhalb dieser Transporttermine stattfinden.

## **Schwerpunkt: Antifaschismus**

Ein zweiter Aktionsschwerpunkt autonomer Gruppierungen ist die Antifaschismusarbeit. Sie wird allerdings auch von dogmatischen Gruppen getragen. Gelegentlich war dabei in Hessen ein koordiniertes Vorgehen von Gruppierungen, die bisher wenig Gemeinsamkeit aufwiesen, erkennbar. Auffällig ist zum Beispiel, daß sich die VVN-BdA, die einst am Tropf der SED hing und deshalb für die jungen Vertreter eines unorthodoxen autonomen und antiimperialistisch geprägten Antifaschismus kein Gesprächspartner war, nunmehr auch diesem Spektrum öffnet. An den Festlichkeiten zum 50jährigen Bestehen der VVN-BdA nahmen erstmals auch Gäste aus Kreisen gewaltbereiter "Antiimperialisten" teil.

Eine Demonstration von 150 mehrheitlich autonomen Antifaschisten am 18. Mai in Babenhausen war von der VVN-BdA angemeldet worden, ohne daß sie dann aber vor Ort selber in Erscheinung trat.

Die 1992 ins Leben gerufene "Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation" (AA/BO), die sich als "legales Dach" zur Verankerung des militanten Widerstandes versteht, hat innerhalb der autonomen Szene offenbar an Anziehungskraft verloren. 1997 wurden dieser Organisation nur noch elf Gruppen aus acht Städten - vormals 17 Gruppen aus 13 Städten - zugerechnet.

Da sich die "Autonome Antifa Mainz/Wiesbaden" Ende 1996 auflöste, ist zur Zeit keine Gruppe aus Hessen in der AA/BO organisiert. Es bestehen allerdings lose Verbindungen zu Personenzusammenschlüssen der autonomen Szene in Hessen, insbesondere ins Rhein-Main-Gebiet.

## **Linksextremistische Parteien**

Die dogmatischen linksextremistischen Organisationen haben die Krise, in die sie durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa geraten waren, mittlerweile in Ansätzen überwunden. Es gelingt ihnen insbesondere dort, wo führende Funktionäre sich persönlich stark engagieren, wieder jüngere Personen stärker in die Parteiarbeit einzubinden und die Basisarbeit vor Ort zu stabilisieren und teilweise auszubauen.

## **DKP**

Das Hauptproblem der DKP ist die Überalterung der Partei. Daneben hat die Attraktivität ihres Gesellschaftsmodells erheblich darunter gelitten, daß der Versuch seiner Umsetzung im Ostblock gescheitert ist. Durch die wirtschaftliche Entwicklung fühlt die Partei sich zwar in der Richtigkeit ihrer Gesellschaftsanalyse bestätigt. Das wird jedoch zumindest mittelfristig nicht zu steigender Zustimmung und damit steigenden Mitgliederzahlen führen. Die Partei hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert.

"Zwangspause" gründete sich wieder ein hessischer Landesverband der DKP-nahen Jugendorganisation "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ). Ihm gehören sechs Gruppen mit insgesamt etwa dreißig Mitgliedern an. Bei der Kommunalwahl 1997 erreichte die DKP 0,1%. Lediglich in ihrer traditionellen Hochburg Mörfelden-Walldorf gelang es der DKP, ihren Stimmenanteil mit 10,2% knapp zu halten.

Ohne eine eigene Kandidatur anzustreben oder sich als Wählerinitiative für eine andere Partei zu verstehen, verfolgt die DKP im Bundestagswahlkampf ausschließlich ihre eigenen Ziele: die "Ablösung der Kohl-Regierung, eine linke Opposition, die PDS in den Bundestag, organisatorische und mitgliedermäßige Stärkung der DKP". Die Partei führt einen Wahlkampf mit eigenen Aussagen, Aktionen, Materialien und KandidatInnen". Die DKP will damit insgesamt einen Beitrag zu einer breiten außerparlamentarischen Opposition und "zur Bekämpfung der Rechtsentwicklung und zur Stärkung der demokratischen und anderer Linkskräfte leisten." Da es dazu aus ihrer Sicht notwendig ist, daß die PDS im nächsten Bundestag vertreten ist, will die DKP dazu aufrufen, bei der Wahl der PDS die Zweitstimme zu geben. DKP-Mitglieder stünden auch bereit, auf offenen Listen der PDS zu kandidieren.

## PDS

Anders als im Osten ist die PDS im Westen nicht aus der politischen Bedeutungslosigkeit herausgekommen. Ihr Mitgliederbestand rekrutiert sich vor allem aus ehemaligen Mitgliedern letztlich gescheiterter linksextremistischer Gruppierungen. Sie befindet sich damit im Westen im Stadium von Politsektierern. Während die hessische Parteibasis dem von der DKP angebotenen Bündnis positiv gegenübersteht, ist die Reaktion der Führung der Bundespartei ablehnend. Sie setzt eher auf die alte kommunistische Volksfrontstrategie, indem sie ihre Wahllisten parteilosen Personen öffnet. Jüngstes Beispiel ist die Besetzung der Spitzenposition der Landesliste Hessen für die Bundestagswahl mit dem ehemaligen SPD-Mitglied Fred Gebhardt. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß sich die PDS mit diesem Konzept zu einer relevanten Größe in Hessen entwickeln kann.

Die PDS, die 1997 in Hessen nach wie vor 300 Mitglieder hatte, blieb bei der Kommunalwahl 1997 landesweit unter zwei Prozent der Wählerstimmen. In Marburg errang sie als Bündnis PDS/Marburger Linke mit 6,2 % der Wählerstimmen vier Mandate im Stadtparlament. Der hessische Landesverband hofft auch wegen dieses Erfolges, seine Wählerstimmen in Hessen bei der Bundestagswahl auf mindestens zwei Prozent zu verdoppeln, um erneut einen Vertreter des hessischen Landesverbandes in den Bundestag entsenden zu können. Darüber hinaus sieht die Partei die Chance, die PDS in Hessen bekannter zu machen, um Ängste der Bürger abzubauen, um die lokale Verankerung der Partei zu erhöhen und um Mitglieder zu werben.

Nachdem im Herbst 1997 hinsichtlich eines einheitlichen PDS-Parteikonzepts parteiinterne Differenzen aufgekommen waren, konferierten Anfang Dezember in Frankfurt am Main die westlichen Landesverbände unter Teilnahme des PDS-Parteivorstandes, der Bundestagsgruppe und der Landesverbände Ost miteinander. Mit einer abschließenden "Frankfurter Erklärung" wurden "sektiererische

Ländern.

## **Internationale Kontakte**

Deutsche Linksextremisten unterstützen nach wie vor linksextremistische Bewegungen im Ausland und setzen sich für deren Anhänger in der Bundesrepublik ein. Insbesondere die ungelöste kurdische Frage ist ein Thema, das Raum für die unterschiedlichsten Formen von politischer Betätigung läßt. Entsprechend groß ist das Spektrum der linksextremistischen Gruppen und Strömungen, die sich in vielfältigen Aktionen dieses komplexen Problems annehmen.

## **Auflösung der RAF und Neuorientierung bei Antiimperialisten**

Die "Rote Armee Fraktion" (RAF), die noch Ende 1996 angekündigt hatte, den Neuorientierungsprozeß eigenständig fortsetzen zu wollen, hat sich dazu durchgerungen, das Scheitern des bewaffneten Kampfes öffentlich einzugestehen und hat sich aufgelöst. Dieser Schritt war von einzelnen Gefangenen, zuletzt von der zu lebenslanger Haft verurteilten Birgit HOGEFELD im Oktober 1997, immer wieder angemahnt worden. Da das RAF-Umfeld seit 1992 in ergebnislosen Diskussionsprozessen über eine Neuorientierung befangen ist, hat die Auflösungserklärung keine weiteren Auswirkungen.

Auch andere Personen und Gruppierungen des "Antiimperialistischen Widerstandes" (AIW) haben sich 1997 in der gesamten Bundesrepublik grundsätzlich ruhig und zurückhaltend verhalten. Der Anfang der 90er Jahre begonnene Diskussionsprozeß über neue Möglichkeiten des Widerstandes, die Schaffung illegaler Strukturen und über militante Aktionsformen ist noch immer nicht abgeschlossen. Das Ziel ist es, neue revolutionäre Konzepte zu erarbeiten. Die Gefangenenfrage hat an Bedeutung verloren: Anhänger des AIW wollen sie mehrheitlich nur noch abwickeln und die Geschichte historisch aufarbeiten.

## **Militanzdebatte**

Für die öffentliche Sicherheit bedrohlicher ist die Entwicklung unter militanten Autonomen. Wie regelmäßige Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung (auch im Rahmen der bereits oben erläuterten Kampagnen) zeigen, sind diese Autonomen in der Lage, erhebliche Schäden anzurichten. Besonders problematisch ist die zu Beginn des Jahres 1998 wieder intensivierete Diskussion über die Anwendung von Gewalt. Sie wird im Kampf gegen den Staat für unverzichtbar gehalten. Detaillierte Handlungsanweisungen, wie bei Aktionen vorzugehen sei, finden sich in den wichtigsten Publikationen der Autonomen.

# Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

## Allgemeine Situation

### PKK

### Islamische Fundamentalisten

### Türkische Organisationen

Mitgliederzahlen der wichtigsten aktiven extremistischen und extremistisch beeinflussten Ausländervereinigungen und Organisationen in Hessen:

Organisationen, Gruppierungen	1997	1996	1995
· Türken davon	3710	3520	3390
Linksextremisten	610	520	490
Extreme Nationalisten	500	500	500
Islamische Fundamentalisten	2600	2500	2400
· Kurden davon	1100	1100	850
PKK (verboten seit 26. November 1993)	1000	1000	750
andere Organisationen	100	100	100
· Araber davon	140	140	120
Islamische Fundamentalisten	100	100	80
<b>Summe</b>	<b>4950</b>	<b>4760</b>	<b>4360</b>

## Allgemeine Situation des Ausländerextremismus

Insgesamt ist lediglich ein Bruchteil, nämlich rund 1% der ausländischen Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in extremistischen Vereinigungen organisiert. Die Aktivitäten sind in erster Linie von der Situation in den jeweiligen Heimatländern abhängig. Großen Einfluß hat aber auch das Verhältnis der deutschen Politik zu den Machthabern der betroffenen Staaten. Bestehen gute Beziehungen zwischen beiden Regierungen, richten sich die Aktivitäten der Exilorganisationen auch gegen die deutsche Politik und können so die öffentliche Sicherheit gefährden. Sehen die Exilorganisationen ihr Anliegen auch von deutscher Seite vertreten, werden sie sich mit dem Schwerpunkt ihrer Betätigung eher den Binnenstrukturen widmen.

Die türkischen Organisationen haben die meisten Mitglieder der vom Verfassungsschutz beobachteten ausländischen Gruppierungen. Rund 90% der ausländischen Extremisten haben die türkische Staatsangehörigkeit. Hier spiegeln sich in besonderem Maße die nicht unerheblichen ungelösten Probleme des Heimatlandes.

## Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Auch im vierten Jahr des Betätigungsverbotes der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, setzt diese weiterhin verstärkt alles daran, in Deutschland wieder in die Legalität zurückkehren zu können.

Ihr Parteichef Abdullah ÖCALAN verweist auf den seit 1996 umgesetzten Gewaltverzicht in Deutschland und räumt Fehler in der Politik der vergangenen Jahre ein.

Ob ÖCALAN bei einem Fortbestehen des PKK-Betätigungsverbotes dauerhaft an seiner Politik der Gewaltlosigkeit festhält, bleibt abzuwarten. Dies gerade vor dem Hintergrund, daß die PKK weiterhin (z.B. während der jährlichen Spendenkampagne) auch Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele einsetzt.

In Erwartung politischer Unterstützung bezeichnete ÖCALAN im August 1997 im ZDF frühere Gewaltakte der PKK in Deutschland und Europa als übertrieben und erklärte einen "bedingungslosen Gewaltverzicht" in Deutschland. Deutsche Touristen müßten sich nicht vor Anschlägen durch Kurden in der Türkei fürchten. Diese Erklärung muß allerdings angesichts der jüngsten Kampfhandlungen in unmittelbarer Nähe der türkischen Tourismuszentren Antalya und Alanya als Phrase erachtet werden.

In diesem Zusammenhang sind auch die jedes Jahr erneut verfaßten Aufrufe der "Föderation kurdischer Vereine in Deutschland" (YEK-KOM) zum Boykott des Türkei-tourismus zu sehen.

Als Zeichen der Anerkennung seiner Friedensbemühungen hat ÖCALAN bereits die Erklärung von Generalbundesanwalt Kay Nehm, die PKK nicht mehr als terroristische Vereinigung zu verfolgen, gewertet. Die Einstufung der PKK-Kader als "kriminelle Vereinigung" wurde in der kurdischen Presse als erster Schritt zur Aufhebung des Verbotes gefeiert.

Die PKK sucht immer wieder die Öffentlichkeit. So nutzte sie neben anderen friedlich und störungsfrei verlaufenden Großveranstaltungen regelmäßig auch die Feiern zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz), um ihre Friedensbereitschaft zu demonstrieren.

Nach dem Scheitern des geplanten "Friedenszuges Musa-Anter" von Brüssel nach Diyarbakir, führte die "Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V." (YEK-KOM) gemeinsam mit vielen deutschen linken Solidaritätsgruppen vom 3. bis 26. November eine Bustour durch das gesamte Bundesgebiet durch. Ziel der Kampagne "Dialog statt Verbot" war es, einer möglichst breiten Öffentlichkeit die allgemeine Kurdenproblematik nahe zu bringen und diese für eine baldige Aufhebung des PKK-Verbotes zu sensibilisieren. Hessische Stationen der Tour waren Wiesbaden und Frankfurt am Main. Die Resonanz der Bevölkerung auf die Vorträge und Infostände blieb gering. Die Veranstaltungen in Hessen verliefen ohne Zwischenfälle.

## Islamische Fundamentalisten

Im Bundesgebiet leben etwa 7,3 Millionen Ausländer, davon 2,5 Millionen Moslems. Den islamisch-fundamentalistischen Organisationen sind 30.800 Moslems zuzurechnen, davon leben 2.700 in Hessen.

In der Bundesrepublik Deutschland agieren derzeit 17 islamisch-fundamentalistische Gruppierungen, von denen die türkischen Organisationen wegen ihrer Mitgliederstärke (2.600 in Hessen) und die arabischen Organisationen (100 in Hessen) wegen der in ihren Heimatländern geübten Militanz hervorzuheben sind.

Der Zulauf zu fundamentalistischen islamischen Vereinigungen hängt jedoch auch mit der Situation der Moslems in ihrer Wahlheimat Deutschland zusammen. Die Furcht vor dem Verlust ihrer religiösen und kulturellen Identität, Verschärfung sozialer Probleme und die Angst vor Fremdenfeindlichkeit und zunehmendem Rassismus bilden den Nährboden für die Agitation islamistischer Eiferer.

Von den türkischen islamistischen Organisationen in Deutschland sind die "Islamische Gemeinschaft-Milli Görüs e.V." (IGMG) und der "Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln" (ICCB) hervorzuheben. Sie verfügen mit etwa 2.600 Mitgliedern in Hessen über das größte Anhängerpotential.

Äußerten sich in früheren Jahren Funktionäre und Mitglieder der IGMG offen antisemitisch und antiwestlich, geben sie sich heute - zumindest nach außen - gemäßigt.

Die IGMG unterstützte die zwischenzeitlich vom türkischen Verfassungsgericht verbotene islamisch-fundamentalistische "Wohlfahrtspartei" (Refah-Partisi-RP) des zurückgetretenen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin ERBAKAN.

Die arabischen Organisationen nutzen die von der international tätigen Muslimbruderschaft (MB) unterhaltenen "Islamischen Zentren" (IZ) im Bundesgebiet. Hierbei ist die als "Mutterorganisation" zu sehende Muslimbruderschaft in einen ägyptischen Zweig, namens "Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V." (IGD) mit Hauptsitz im IZ-München und einem Stützpunkt in Frankfurt am Main sowie in einen syrischen Zweig, genannt "Islamische Avantgarden", deren Hauptsitz im IZ-Aachen ist, und ihre Aktivitäten auch in Frankfurt am Main ausübt, zu unterteilen.

Beide Zweige verfügen im Bundesgebiet über jeweils 500 Mitglieder.

Ziel beider Zweige ist es, vor allem in Deutschland lebende Moslems für die MB zu gewinnen. In Form von Organisation von Seminaren und Treffen sowie der Herausgabe von Publikationen sollen die Anhänger mobilisiert werden.

Mit Gewalt treten beide Zweige in Deutschland bisher nicht in Erscheinung.

Der palästinensische Zweig der MB in den besetzten Gebieten (Westjordanland, Gaza und Golan), die islamistische Widerstandsbewegung "Hammas", firmiert im

ebenfalls die hessenweit vorhandenen "Islamischen Zentren". Ihm gehören bundesweit etwa 150 Mitglieder an.

Ziel der "Hamas" ist es, die Macht in einem islamisch-fundamentalistischen Palästinenserstaat zu übernehmen. Sie lehnen deshalb die israelisch-palästinensischen Friedensbemühungen im Nahen Osten ab und bekräftigen ihre ablehnende Haltung immer wieder durch Terroranschläge.

Der IBP unterstützt die "Hamas" nach wie vor im Bundesgebiet logistisch und durch Öffentlichkeitsarbeit, indem Erklärungen der Organisation hier gedruckt und verbreitet sowie Faxgeräte zur Verfügung gestellt werden. Aber auch bei der Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten für einreisende Sympathisanten ist der IBP aktiv.

Die als regionaler Zweig der MB in Algerien bekannte "Islamische Heilsfront" (FIS) und die als ihr "bewaffneter Arm" geltende "Islamische Heilsarmee" (AIS) treten nach wie vor für die Errichtung eines islamischen Staatswesens in Algerien ein.

Außerhalb Algeriens wird die FIS durch ihren Auslandschef, den in Deutschland ansässigen Rabah KEBIR vertreten.

Militanteste algerisch-islamistische Gruppierung ist die mit der FIS rivalisierende "Bewaffnete Islamische Gruppe" (GIA), die jeglichen Dialog mit der algerischen Regierung ablehnt.

Die FIS distanziert sich seit geraumer Zeit von den Gewalttaten der GIA und signalisiert Dialogbereitschaft. Etwa 65.000 Menschen sind den seit sechs Jahren andauernden Kämpfen gegen den algerischen Staat zum Opfer gefallen.

FIS und GIA werden bundesweit etwa 200 Anhänger zugerechnet. In Hessen nutzen sie die Einrichtungen anderer islamisch-fundamentalistischer Gruppierungen im Raum Frankfurt am Main und Kassel.

Daß die Organisationen auch von Kriminellen unterstützt werden, wurde am 10. September bei polizeilichen Durchsuchungen bekannt.

Zeitgleich wurden 27 Wohnobjekte mit Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet durchsucht. In Dietzenbach konnte ein Algerier als Anführer einer kriminellen Vereinigung festgenommen sowie umfangreiches Material zum Herstellen von Personaldokumenten und Blankopapieren sichergestellt werden. Es wurden algerische Terroristen sowohl der "Islamischen Heilsfront" (FIS) als auch der "Bewaffneten Islamischen Gruppe" (GIA) unterstützt. Die gefälschten Dokumente sollen algerischen Extremisten problemloses Reisen ermöglicht haben.

## **Türkische Organisationen**

Die revolutionär-marxistischen türkischen Gruppierungen, insbesondere die seit 1983 verbotene türkische Extremistengruppe "Devrimci Sol" (Revolutionäre Linke) sind wegen ihrer Militanz von besonderer Bedeutung.

Volksbefreiungspartei - Front" (DHKP-C) (Karatas-Flügel) und die "Türkische Volksbefreiungspartei/-front -Revolutionäre Linke" (THKP/-C-Devrimci Sol) (YAGAN-Flügel) gespalten. Sie verfügt in Hessen über 120 Anhänger.

Im Rahmen der Flügelkämpfe zwischen der DHKP/-C und der THKP/-C-Devrimci Sol kam es auch 1997 zu weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Die Scharmützel der vergangenen Jahre eskalierten ab Mai.

Aus einer Gruppe von vier Türken wurde am 13. Juni in Frankfurt am Main ein Aktivist des KARATAS-Flügels angegriffen und mit Schlägen, Tritten und zwei Schüssen verletzt.

Am 22. August kam es bei Aufeinandertreffen der beiden unterschiedlichen Flügel der DEVRIMCI SOL in Frankfurt am Main zu einer weiteren Schießerei. Ein bei der Flucht zu Boden gefallener YAGAN-Aktivist wurde durch Schüsse erheblich verletzt.

Acht weitere schwere Zusammenstöße von Anhängern der verfeindeten Flügel unterstreichen die hohe Gewaltbereitschaft beider Lager.

Aufgrund des hohen Bewaffnungsgrades müssen auch künftig gezielte Schußwaffenanschläge befürchtet werden, obwohl beide Flügel identische ideologische Ziele verfolgen. Beide Organisationen beanspruchen bei dem Verkauf ihrer Publikationen und der Sammlung von Spendengeldern das Alleinvertretungsrecht.

## "Scientology-Organisation" (SO)

Die Innenministerkonferenz beschloß am 5./6. Juni 1997 die Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzbehörden.

Die SO reagierte auf den Beobachtungsbeschluß, indem sie ihre breit angelegte "weltweite" Kampagne gegen die "staatliche Diskriminierung als religiöse Minderheit" - speziell in Deutschland - verstärkte. Zumeist durch eigens gegründete Tarnorganisationen (z.B. "Oslo International Peace Committee", "Freedom for Religions in Germany", "Komitee zur Unterstützung religiöser Toleranz", "Human Rights Committee") bemühte sie sich, durch Petitionen und öffentliche Erklärungen an staatliche und überstaatliche Institutionen, Deutschland vor der Weltöffentlichkeit als unterdrückerischen Staat "bloßzustellen". Hierbei verglich sie die Bundesrepublik Deutschland wiederholt mit dem "Dritten Reich".

Die SO verunglimpft damit die bestehende Staatsform der Bundesrepublik Deutschland und stellt sich selbst als den alleinigen Wahrer der vom Grundgesetz geschützten Interessen von Staat und Bürgern dar.

Bundesweit werden der SO deutlich weniger als 10.000 Mitglieder zugerechnet. In Hessen liegt die Zahl nach gegenwärtiger Einschätzung unter 500.

In Hessen ist die SO mit einer "Kirche" in Frankfurt am Main und einer "Mission" in Wiesbaden vertreten.

An einer Demonstration "Religionsfreiheit in Deutschland" am 21. Juli in Frankfurt am Main nahmen etwa 1.500, überwiegend aus dem Ausland angereiste Scientologen teil. An einer weiteren unter dem gleichen Motto durchgeführten Demonstration am 27. Oktober 1997 in Berlin beteiligten sich nach Polizeiangaben entgegen den von den Veranstaltern erwarteten 10.000 lediglich knapp 3.000 Personen, darunter wieder vor allem ausländische Scientologen. Für den 24. August 1998 ist eine erneute Demonstration in Frankfurt am Main angemeldet.

Das LfV Hessen hat ein "Vertrauenstelefon" eingerichtet.

Unter der Telefonnummer 0611-720777 können sich Aussteiger und andere Betroffene direkt mit dem LfV Hessen vertraulich in Verbindung setzen, um über ihre Erfahrungen mit der Scientology-Organisation zu berichten.